

STEUERSPAREN

Beamte machen Kasse

Hohe Beamte des Bonner Finanzministeriums und der Steuerverwaltungen der Länder helfen beim Steuersparen und kassieren selber dafür ab. Auf Seminaren und Kongressen lehren die Staatsdiener, wie man genau das perfektioniert, was ihr Dienstherr, Finanzminister Theo Waigel, ständig beklagt: durch trickreiches wirtschaftliches Jonglieren aus guten Gewinnen einträgliche, steuerfreie Verluste zu machen. „Anhand von Fallstudien“ beraten sie auf einer Konferenz Mitte Septem-

ber zum Beispiel über die „gewerbesteuerliche Nutzung von Übernahmeverlusten“ oder die „Beschleunigung der Verlustnutzung durch Rückbezug des Umwandlungstichtages“. Neben dem Körperschaftsteuerexperten aus dem Hause Waigel sind „die Bearbeiter“ des jüngsten einschlägigen Steuererlasses zur Übernahme von Verlustbetrieben aus den Finanzresorts von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sowie der Oberfinanzdirektion Koblenz zu der Steuer-Nachhilfe avisiert. Wie wertvoll die Tips auch für die Ratgeber sein dürften, läßt der Tagungspreis ahnen: 2595 Mark pro Person, zuzüglich Mehrwertsteuer.

BARSCHHEL

Dementi des Kanzleramts

Das Bundeskanzleramt hat sich mit einem Dementi erneut in die Ermittlungen um den Tod des früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel (CDU) eingeschaltet. Bonn bestritt gegenüber der Staatsanwaltschaft Lübeck, daß sich in der Todesnacht ein Beamter des Bundesnachrichtendienstes (BND) in Barschels Genfer Hotel Beau Rivage aufgehalten habe. Diese Behauptung hatte der Journalist Udo Ulkotte in seinem Buch „Verschlußsache BND“ aufgestellt. Auch bei einer Befragung durch die Ermittler blieb er bei seiner Theorie. Das Kanzleramt versicherte der Staatsanwaltschaft jetzt, alle bei den Geheimdiensten vorhandenen Informationen zum Fall Barschel seien bereits mitgeteilt worden, ein BND-Beamter sei nicht im Hotel gewesen.



Hotel Beau Rivage



Barschel (1987)

ARBEITSMARKT OST

Verstoß gegen EU-Recht

Die Bundesregierung muß wegen ihrer Finanzhilfen für notleidende ostdeutsche Unternehmen erneut mit Ärger aus Brüssel rechnen. Seit April können Betriebe in den neuen Ländern Zuschüsse beim Arbeitsamt beantragen, wenn sie Arbeitslose einstellen – bis zu 1923 Mark pro Neueinstellung monatlich. Rund 15 000 Anträge haben die Arbeitsämter in Ostdeutschland bereits genehmigt. Diese Sonderregelung, auf Drängen ostdeutscher CDU-Parlamentarier ins Arbeitsförderungsgesetz aufgenommen, hätte aber von der EU-Kommission genehmigt werden müssen. Denn nach dem EU-Vertrag handelt es sich bei den Lohnkostenzu-

schüssen um genehmigungspflichtige Unternehmensbeihilfen, genau wie andere Wirtschaftsförderprogramme auch. Ostdeutsche CDU-Abgeordnete fordern jetzt von Kanzler Helmut Kohl, in Brüssel auf eine Änderung zu drängen. Die Kommission müsse darauf verzichten, die Lohnkostenzuschüsse als Beihilfen zu bewerten, schrieb der Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Grund dem Kanzler. Sie seien eine „nationale Arbeitsmarktförderung“. Doch das bezweifelt offenbar selbst die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Um etwaigen Rückzahlungsforderungen aus Brüssel vorzubeugen, wies sie die Arbeitsämter an, nur noch solchen Betrieben die Löhne zu subventionieren, die höchstens 197 000 Mark Fördermittel erhalten haben. Dann könnte auf das Plazet der EU-Kommission verzichtet werden.

Am Rande

„I like BND“



Als Hansjörg Geiger bei seinem Amtsantritt als Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND) erklärte, das Treiben der Pullacher Agenten müsse transparenter werden, konnte er nicht ahnen, zu welch selbstzerstörerisch-exhibitionistischen Eskapaden er seine Geheimen damit

trieb: Ausgerechnet die Mitglieder des Fördervereins für einen BND-eigenen Kindergarten, dessen Planung eines der letzten Geheimnisse war, das gegnerische Dienste bislang nicht aufklären konnten, haben Zersetzungsmaßnahmen und Anwerbungsversuchen der Konkurrenz Tür und Tor geöffnet. Für ihr Sommerfest ließen sie Buttons mit lustigen Figuren und der Aufschrift „I like BND“ produzieren, um durch deren Verkauf die Operativkasse „Kindergarten“ zu füllen.

Eine Katastrophe für die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik. Denn noch hat der BND keinen eigenen Kindergarten, und der Agenten-Nachwuchs läuft nun mit bunten, verräterischen Buttons durch die Gegend. Spione aller Herren Länder werden sich demnächst auf Spielplätzen im Raum München herumtreiben und nach Kids mit dem lustigen Anstecker Ausschau halten – und schwupp sind Papa und Mama enttarnt.

Kenner der Materie mögen hier einwenden, das müsse nicht so sein. Der massenhafte Verkauf solcher Buttons in süddeutschen Fußgängerzonen genüge, um gegnerische Agenten zu verwirren, und brächte außerdem Geld für die konspirative Krippe – aber erstens: Zumindest die Verkäufer wären enttarnt. Und zweitens: Wer will schon eine Plakette mit solch einem Bekenntnis?

Doch nicht nur für den Geheimdienst, sondern auch für die Streitkultur unter Kleinkindern in und um Pullach könnten die Folgen des Transparenzwahns verheerend sein. Clevere BND-Gören, die den Button verdeckt unterm Jackenkragen anbringen, um ihn im Konfliktfall mit einer lässigen Handbewegung hervorzuzaubern, dürfen damit die meisten Auseinandersetzungen um Sandschaufeln, Eimerchen und Schaukelplätze für sich entscheiden. Es sei denn, der Gegner weiß, was er zu sagen hat: Du bist enttarnt.